

Bedingung für starke ländliche Räume: gute Vereinbarkeit von Familie, Beruf, bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt

Stellungnahme des Sachverständigenrats Ländliche Entwicklung (SRLE) beim
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Berlin, 9.6.2021

Inhalt

1	Infrastrukturen ausbauen und verstetigen, um mehr Vereinbarkeit zu ermöglichen!.....	5
2	Erwerbsperspektiven erhalten und neu entwickeln – insbesondere für Jugend und Frauen!	7
3	Bildung und Weiterbildung stärken!	9
4	Vereinbarkeitsstrategien schaffen Perspektiven für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	10
5	Digitalisierung fördern, Partizipation stärken!	12
6	Vielfalt von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt anerkennen und unterstützen! .	14
7	Starke Kommunen ermöglichen Mitwirkung und Teilhabechancen!	16
8	Pflegende Angehörige stärken!	18
	Literaturverzeichnis.....	20
	Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung (SRLE)	22

Wie entscheidend gerade die Vereinbarkeit von Familie, Beruf, Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement¹ ist, zeigt sich in diesen pandemischen Tagen noch deutlicher als zuvor. Schulschließungen, Homeoffice, Kontakt- und Besuchseinschränkungen bedeuten einerseits für Familien erhebliche Zusatzbelastungen. Andererseits werden gerade das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement, das hier z. T. entlastend entgegen wirkte, erheblich eingeschränkt. Zudem wird bewusst, wie sehr die Gesellschaft auf die daseinsvorsorgenden Infrastrukturen wie Gesundheitsversorgung, Schulen und Kitas, aber auch generell auf Soziale Orte, verstanden als „Orte der Begegnung, der Kommunikation und des Miteinanders“ (Neu 2020, S. 11), angewiesen ist, um den Alltag zu gestalten. Die beschleunigte Digitalisierung macht sicher einiges leichter, die unentwegte digitale Verfügbarkeit und Präsenz führt aber auch zu Arbeitsverdichtung und -entgrenzung. Onlinemeetings, virtuelle Geburtstagsfeiern und übertragene Konzerte ersetzen soziales Miteinander und gegenseitige Fürsorge nicht.

Gleichzeitig zeigt sich immer klarer, dass zwar alle Menschen von den Folgen der Pandemie betroffen sind – aber nicht gleich hart. „Brennglasartig“ zeigt die Pandemie verschärfend die Herausforderungen, vor denen Familien vielfach ohnehin stehen, und die dringend einer Lösung bedürfen: Mütter tragen zuvorderst die Belastungen von Homeoffice und Home-schooling, erwerbstätige Eltern können unter Coronabeschränkungen deutlich weniger auf die Unterstützung der Großeltern zurückgreifen, teilweise beengte Wohnverhältnisse potenzieren familiäres Konfliktpotential, Freizeit-, schulische und außerschulische Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten fallen weg, dadurch wird nicht nur der Aktionsradius der Kinder und Jugendlichen eingeschränkt, sondern auch die häusliche Pflege von Angehörigen erschwert.

Zwar mag der Wunsch ländlich zu wohnen, coronabedingt wieder stärker ausgeprägt sein, doch Zuzugs- und Bleibeentscheidungen orientieren sich auch daran, inwieweit vor Ort eine Vereinbarung von Familie und Beruf gelingen kann (Feuerbach et al. 2019; Küpper et al. 2021).

Viele der hierfür notwendigen Politikmaßnahmen sind für Deutschland insgesamt wichtig, für die Entwicklung ländlicher Räume sind Fragen der Vereinbarkeit von Familie, Beruf, bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt aber von besonderer Bedeutung. Ländliche Räume sind in ihrer Ausstattung mit qualifizierten Arbeitsplätzen, Wirtschaftskraft und Infrastruktur in Deutschland sehr unterschiedlich aufgestellt. Wo aber Perspektiven am Arbeitsmarkt fehlen, Wirtschaftskraft und Lohnniveau gering sind, wo Freizeitangebote selten und Angebote für bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt wenig attraktiv sind, da erscheint das Leben auf dem Land vielen nicht erstrebenswert. Besonders junge Frauen weisen starke Abwanderungsorientierungen auf, da sie die Verwirklichung ihrer Lebenspläne vor Ort häufig

¹ Umgangssprachlich werden Begriffe wie bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt nahezu synonym verwendet. Gleichwohl gibt es leichte Nuancen in der Begriffsdefinition. Nach dem neuen Gesetz zur Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE, § 2) ist unter *bürgerschaftlichem Engagement* „der freiwillige, unentgeltliche und am Gemeinwohl orientierte Einsatz einer oder mehrerer Personen auf Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ zu verstehen. *Ehrenamt* umfasst „das bürgerschaftliche Engagement für eine Organisation, die ohne Gewinnerzielungsabsicht Aufgaben ausführt, die im öffentlichen Interesse liegen oder gemeinnützige, kirchliche beziehungsweise mildtätige Zwecke fördern.“

als deutlich schwieriger einschätzen als männliche Jugendliche (Bauer et al., 2019, Becker & Moser, 2013). So führt unter anderem ein Mangel an Perspektiven zur Verwirklichung der eigenen Lebensvorstellungen zu einem Fortzug von jungen Bewohnerinnen und Bewohnern insbesondere strukturschwacher ländlicher Regionen und trägt zu Bevölkerungsrückgang und demographischer Alterung bei.

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind in ländlichen Räumen zudem wichtige Stützen zur Sicherung der allgemeinen Lebensqualität in Form von Kultur- und Freizeitangeboten, wirtschaftlichen, sozialen und karitativen Dienstleistungen sowie Brandschutz und technischen Hilfeleistungen (Fürst, 2015; De Haan et al., 2018; Kleiner & Klärner, 2019). Wie die Folgen der Corona-Pandemie sich auf die soziale Infrastruktur in ländlichen Räumen auswirken wird, ist besonders sorgfältig zu beobachten, denn Kommunikations-, Kultur- und Engagementlücken schließen sich nicht von allein.

Private Haushalte erbringen große Leistungen, nicht nur für ihre (Familien-) Mitglieder, sondern auch für Wirtschaft und Gesellschaft. Sie sind die kleinste sozioökonomische Einheit. Hier werden Haushaltsgüter produziert, Humanvermögen gebildet und pflegebedürftige Angehörige versorgt. Haushaltsmitglieder erbringen durch ehrenamtliche Betätigung und bürgerschaftliches Engagement wichtige, für das gesellschaftliche Zusammenleben unverzichtbare Leistungen. Diese Haushalte sind aber zur Erfüllung ihrer Unterhaltssicherung, ihrer Familien- und Sorgearbeit sowie für ihr Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sowohl

- auf individuelle Unterstützung, etwa durch familiäre Beziehungen (z. B. durch Eltern/Großeltern) oder Freundeskreise, angewiesen als auch
- auf institutionelle und infrastrukturelle Daseinsvorsorgeleistungen und andere Unterstützungen, welche die Gesellschaft bereitstellt.

Der Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung hat daher in den folgenden acht Kapiteln konkreten Handlungsbedarf benannt. Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie, Beruf, bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt fördern, führen zur Stärkung ländlicher Räume!

1 Infrastrukturen ausbauen und verstetigen, um mehr Vereinbarkeit zu ermöglichen!

Für eine gelingende Vereinbarkeit von Familie, Beruf, bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt, die den Bedürfnissen aller Familienmitglieder in unterschiedlichen Lebensbereichen gerecht wird, brauchen Familien eine familienfreundliche und demografiesensible sowie flächendeckend ausgebaute Infrastruktur. Dies gilt für ländliche wie für hochverdichtete Räume und umfasst hochwertige und flexible Kinderbetreuungsangebote, (erweiterte) Ganztagschulen, Ferienbetreuung gleichermaßen wie wohnortnahe Pflegeeinrichtungen und medizinische Versorgung, soziale und kulturelle Angebote sowie verlässliche Mobilitätskonzepte (Neu, 2020).

In vielen ländlichen Regionen, besonders in strukturschwachen und peripheren, finden sich hier allerdings erhebliche Lücken und Verbesserungspotentiale. So besteht etwa vielerorts ein Mangel an nahegelegenen, ganztägigen Kinderbetreuungseinrichtungen (Busch, 2013) und lange berufliche Anfahrtswege erschweren zudem die Vereinbarkeit (Zartler, 2010). Auch spezifische Einkaufsmöglichkeiten, Kinderärzte und Einrichtungen der Familienbildung und -beratung sind in ländlichen Regionen seltener wohnortnah und dies macht die Alltagsgestaltung mühsamer (Weingarten und Steinführer 2020). In besonderem Maße gilt dies für diejenigen, die nicht auf einen PKW zugreifen können, sondern auf den öffentlichen Verkehr oder das Fahrrad angewiesen sind.² Nicht außer Acht gelassen werden sollten Familien in besonderen Lebenslagen oder mit besonderen Unterstützungsbedarfen, wie z.B. Alleinerziehende, erwerbslose Eltern ohne Ausbildungsabschluss oder Eltern von Kindern mit Behinderungen, psychischen oder chronischen Krankheiten sowie Fluchterfahrung. Für sie stellt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine besondere Herausforderung dar und sie benötigen neben den oben benannten Einrichtungen zielgruppenspezifische Unterstützungsangebote, wie z. B. Alleinerziehenden-Netzwerke, Berufsausbildungsmöglichkeiten in Teilzeit oder Betreuungs- und Freizeitangebote.

Für ländliche Räume ist es besonders entscheidend, dass nicht alle Leistungen an jedem Ort zu jeder Zeit in allen Ausprägungen gleichzeitig angeboten werden können. Es müssen daher passgenaue und flexible Lösungen für die Bedarfe vor Ort, insbesondere unter Schrumpfungs- und Alterungsbedingungen, gefunden werden. Es braucht multifunktionale Orte/Treffpunkte, die zum Kristallisationspunkt für Arbeit, Versorgung, Kommunikation, Erholung und Engagement im Raum werden. Diese Sozialen Orte bündeln an einem Ort verschiedene Angebote und müssen mit neuen Mobilitätsformen, die die Erreichbarkeit für alle sichern, verbunden werden. So bilden sie selbst Haltestrukturen aus. Dutzende kreative Modelle gibt es mittlerweile: neue Dorfladenkonzepte, Mehrgenerationenhäuser, Co-Working-Spaces, kombinierte Daseinsvorsorge-Mobilitäts-Konzepte, die Mobilitäts-Knotenpunkte mit Infrastrukturangeboten verbinden wie etwa Mobibau (Uni Kassel) oder die Landengel - Versorgungsplattform

² Zu den Erreichbarkeiten von ca. 35 Einrichtungen der Daseinsvorsorge per PKW, Fahrrad oder zu Fuß siehe www.landatlas.de.

(im Rahmen der IBA-Thüringen werden Gesundheitskioske und Ambulatorien entwickelt, die kooperative Vorsorge auf dem Land ermöglichen). Einen innovativen Arbeitsraum bietet bspw. das winzige Gewächshausbüros im Do-it-yourself-Format, das sowohl draußen als auch drinnen aufgestellt werden kann (IBA Thüringen).

- ➔ **Der SRLE streicht die hohe Bedeutung einer familienfreundlichen und flächendeckend ausgebauten Infrastruktur für das Leben in und die Zukunft der ländlichen Räume heraus. Sie umfasst hochwertige und flexible wohnortnahe Kinderbetreuungsangebote und Grundschulen, Ganztagschulen, Ferienbetreuung gleichermaßen wie wohnortnahe Pflegeeinrichtungen und medizinische Versorgung, soziale und kulturelle Angebote sowie verlässliche Mobilitätskonzepte. Damit der Erhalt und Ausbau einer entsprechenden flächendeckenden wohnortnahen Grundversorgung umgesetzt werden kann, müssen den zuständigen Aufgabenträgern – das sind i.d.R. die Kommunen – die entsprechenden Mittel durch eine aufgabengerechte Finanzausstattung zur Verfügung stehen. Förderprogramme können hierauf aufsetzen, dies jedoch nicht ersetzen (vgl. zu ehrenamtlichen Angeboten Abschnitt 6).**
- ➔ **Der SRLE weist darauf hin, dass in den angesprochenen Feldern von Bund und Ländern bereits zahlreiche Modellprojekte mit beachtlichen Ergebnissen durchgeführt worden sind. Vielfach sind die Projekte allerdings zwischen den Ministerien unabgestimmt und entfalten oftmals nur im Förderzeitraum tatsächliche Wirkung. Es fehlt demgegenüber vielfach an Strategien und Methoden, wie erfolgreiche Modellprojekte (Daseinsvorsorge, Mobilität) verstetigt und in die Fläche gebracht werden können.**
- ➔ **Der SRLE schlägt dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft vor, bei der Entwicklung von BULE-Modellvorhaben, sowie bei der Umsetzung von ILE-Vorhaben gem. § 2 Abs. 2 GAK-Gesetz, die Gleichstellung von Geschlechtern und die Vereinbarkeit mit Familie, Beruf, bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt als Querschnittsaspekt auch im Sinne von „Daseinsvorsorge unterstützt Gleichstellung“ stärker einzubeziehen. Hierbei sollte vor allem auf Ergebnisse von Modell- und Demonstrationsvorhaben wie etwa "LandVersorgt – Neue Wege der Nahversorgung in ländlichen Räumen" aufgesetzt werden.**

2 Erwerbsperspektiven erhalten und neu entwickeln – insbesondere für Jugend und Frauen!

Erwerbsbeteiligung sichert Haushalts- und Familieneinkommen und schützt so vor Armut. Gut ausgebaute Infrastruktur, allen voran Kinder- und Pflegebetreuungseinrichtungen, erhöhen die Arbeitsmarktbeteiligung, insbesondere von Frauen. Diese, vor allem Mütter, sind aktuell deutlich seltener vollzeiterwerbstätig als Männer, denn sie übernehmen noch immer die überwiegende Haushalts- und Familienarbeit. Sie gründen und leiten seltener Unternehmen und sind seltener selbständig. Beim Blick auf ländliche Räume zeigen sich folgende kritische Entwicklungen, die besonders in den Fokus genommen werden müssen:

- Gerade in öffentlichen Einrichtungen, wie im Verwaltungsbereich und im Gesundheitswesen ist der Anteil der weiblichen Belegschaft verhältnismäßig hoch. Gleichzeitig ist aber zu beobachten, dass diese Einrichtungen aus ländlichen Regionen in größere Städte verlegt werden. Inwieweit die nach der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ angekündigte Strategie der Bundesregierung, neue Bundesbehörden vornehmlich in den ländlichen Räumen anzusiedeln, hier tatsächlich eine Trendwende bringen kann, ist derzeit noch nicht absehbar.
- Junge Menschen, vor allem junge Frauen, suchen moderne innovative Arbeitsplätze, insbesondere im Dienstleistungssektor, die ihnen auch Chancen auf berufliches Fortkommen bieten. Nicht selten lässt jedoch der Mangel an erreichbaren qualifizierten Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten oder Stellenangeboten in ländlichen Räumen junge Frauen abwandern, Mütter ihre Erwerbsarbeit reduzieren oder gar ganz vom Arbeitsmarkt „verschwinden“.
- Frauen machen sich in ländlichen Räumen häufig nur „aus der Not“ heraus mit einem Kleinstunternehmen selbständig, weil sie keine adäquate Stelle finden, der Weg zum Arbeitsort zu weit ist oder sie keine Kinderbetreuung vor Ort haben (Deutscher Land-Frauenverband 2020). Doch auch in der Landwirtschaft erhalten gründungswillige Frauen oft nur schwer Zugang zum Erwerb von landwirtschaftlichen Betrieben, Boden oder Bankkrediten (Pieper 2021).

Die Pandemie zeigt wie stark noch immer alte Rollenbilder verankert sind und damit auch Erwerbs- und Geschlechterrollen, denn die Folgen der ungleichverteilten Chancen und Lasten zwischen Erwerbsarbeit und Familie treten aktuell klar hervor: Vielfach sind Mütter und Frauen eher von Entlassungen betroffen, da sie deutlich häufiger geringfügig beschäftigt sind als Männer und in Sektoren arbeiten, die besonders unter der Krise leiden wie Gastgewerbe, Einzelhandel, Kunst, Tourismus.

- ➔ Der SRLE weist darauf hin, dass eine adäquat vorhandene Gesundheits-, Betreuungs-, Pflege- und Verwaltungsinfrastruktur in der Fläche nicht nur Voraussetzung für Leben und Wirtschaft in den ländlichen Räumen ist und die Chancen auf Arbeitsmarktbeteiligung erhöht, sondern auch selbst qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen und Männer schafft. Bund, Länder und auch Kommunen sind aufgefordert, dies bei ihren Standortplanungen angemessen zu berücksichtigen.
- ➔ Der SRLE weist darauf hin, dass sich bereits Förderprogramme gezielt an Frauen und Jugendliche wenden. Gleichwohl scheinen die Veränderungen, die eine bessere Vereinbarung mit dem Beruf gewährleisten, nur zögerlich voranzukommen. Hier empfiehlt der SRLE eine kritische Überprüfung und ggf. Anpassung bestehender Förderprogramme für junge Menschen und Frauen in ländlichen Räumen, um hier passgenaue Konzepte und Programme anbieten zu können.
- ➔ Der SRLE ist der Auffassung, dass mit spezifischer finanzieller Förderung und passgenauen Beratungs- und Qualifizierungsangeboten für Existenzgründerinnen, der Unterstützung von Netzwerken für Unternehmerinnen sowie flexiblen Arbeitszeitmodellen das Erwerbspotenzial von Frauen in den ländlichen Räumen stärker als bislang gefördert und gerade auch Frauen mehr Bleibeperspektiven gegeben werden sollten.
- ➔ Der SRLE sieht z.B. in Co-Working-Spaces Möglichkeiten, die Erwerbs- und Bleibeperspektive in ländlichen Räumen zu steigern und die Attraktivität der ländlichen Räume für neue Bevölkerungsgruppen zu erhöhen. Der Beitrag von Co-Working-Spaces zur Entwicklung ländlicher Räume sollte aber realistisch eingeschätzt werden. Sie sind lediglich *Teil* einer Lösung für die ländlichen Räume, nicht aber *die* Lösung.

3 Bildung und Weiterbildung stärken!

Zukunftsweisende Ausbildungs- und Erwerbsperspektiven für junge Menschen steigern die Attraktivität ländlicher Räume. Der überdurchschnittlich schnellen Alterung in einigen ländlichen Regionen kann durch gesicherte und vielversprechende Perspektiven entgegengewirkt werden (Allerdings wird der demographische Wandel in allen Regionen in Deutschland zu einer deutlichen Zunahme des Bevölkerungsanteils und der Anzahl hochbetagter Menschen führen.). Gut erreichbare Bildungs- und Weiterbildungsangebote in ländlichen Räumen spielen unter dem Gesichtspunkt des beruflichen Fortkommens und der sozialen Teilhabe sowie für erfolgreiche Erwerbsbiografien insbesondere von Frauen eine wichtige Rolle. Kernanliegen sind dabei die Stärkung von Ausbildung und Ausbildungsberufen, die Stärkung von beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildungsstätten sowie von Hochschulstandorten in ländlichen Räumen, aber auch das Schaffen beruflicher Perspektiven speziell für Akademikerinnen und Akademiker in ländlichen Räumen. Für die Qualifizierung bzw. Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamts sind gute Bildungs- und Weiterbildungsangebote ebenfalls zentral.

Die Bildungs- und Hochschulstrategien der Länder, aber beispielsweise auch Exzellenzstrategien des Bundes und der Länder sowie Forschungsförderprogramme sollten auch berücksichtigen, welche Auswirkungen sie auf dezentrale Bildungsangebote in ländlichen Räumen haben. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass viele Universitäten und Fachhochschulen sehr gute digitale Lernangebote etabliert haben. Ein positiver Nebenaspekt der „Enträumlichung“ der Lehre war, dass diese die Vereinbarkeit von beruflicher Bildung und Qualifizierung mit familiären oder ehrenamtlichen Verpflichtungen erleichtert hat. Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen sollten prüfen, welche positiven Effekte der coronabedingten Digitalisierung in der Nach-Corona-Zeit erhaltenswert sind.

- ➔ **Der SRLE betont die Bildung als Basis für das persönliche, wirtschaftliche, kulturelle und gesamtgesellschaftliche Fortkommen. Gute und bedarfsgerechte Bildungsangebote müssen allen Menschen offenstehen, unabhängig davon, ob sie in hochverdichteten oder ländlichen Gebieten leben. Der Fachkräftenachwuchs muss durch eine gute frühkindliche Bildung und gut qualifizierende Schulabschlüsse gesichert werden. Gleichzeitig muss die berufliche und duale Ausbildung für die grünen Berufe, das Handwerk und die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen in ländlichen Räumen mit zumutbaren Erreichbarkeiten sichergestellt werden.**
- ➔ **Der SRLE empfiehlt Bund, Ländern und Kommunen, eine dezentrale berufliche und akademische Bildungsinfrastruktur vor allem auch in den ländlichen Räumen zu stärken und finanziell bedarfsgerecht auszustatten. Insbesondere zur Förderung der Gleichstellung brauchen wir sowohl eine exzellente berufliche wie auch eine akademische Bildung. Bildungsinvestitionen sind Investitionen in die Zukunft – auch ländlicher Räume.**

4 Vereinbarkeitsstrategien schaffen Perspektiven für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Arbeitskräftemangel ist vielfach für Unternehmen, vor allem vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, eine Herausforderung. Gleichzeitig werden Beschäftigungspotenziale – speziell von Frauen – nicht vollständig ausgeschöpft. Häufig reduzieren sie ihre Arbeitszeit oder nehmen eine Auszeit für Pflege- oder Kindererziehungsaufgaben. Veränderte Lebensentwürfe und Bedarfslagen von Familien können Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gezielt in ihren Vereinbarkeitsstrategien aufgreifen. Entsprechend sich verändernder Wertehaltungen gilt es, diese über die Berufsperspektiven von Frauen hinaus auszurichten. Vereinbarkeit ist auch für Väter ein zunehmend wichtiges Thema.

Ländliche Räume können ihre hohen Potenziale für persönliche Lebensqualität verstärkt ausspielen, wenn sie das Zusammenwirken von persönlichen, familiären und ehrenamtlichen Bedarfslagen und den beruflichen Rahmenbedingungen noch besser in Einklang bringen. Die Gestaltung entsprechender Rahmenbedingungen ist dabei eine Aufgabe, der sich sowohl öffentliche und private Arbeitgeber wie politische und institutionelle Gestalter von Rahmenbedingungen annehmen sollten. Gleichstellung ist als ein Querschnitts-Thema zu begreifen.

Wer Vereinbarkeit will, braucht eine breite familien-, engagement- und ehrenamtsfreundliche Unternehmenskultur sowie Führungskräfte mit Vorbildfunktion. Studien belegen, dass immer mehr Mütter arbeiten und Väter Familienaufgaben wahrnehmen möchten (BMFSFJ, 2017) (Kassner, 2014). Dies ist keineswegs ein großstädtisches Phänomen. Auswertungen von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) nach der Thünen-Regionstypisierung zeigen, dass eine Erwerbstätigkeit von Müttern und eine Arbeitsteilung innerhalb der Partnerschaft in ländlichen Räumen in ganz ähnlichem Maße befürwortet werden. Dem sollte nicht nur von staatlicher, sondern auch von unternehmerischer Seite Rechnung getragen werden: Eine lebenslauforientierte Personalpolitik als Antwort auf die veränderten Bedarfslagen bietet flexible Arbeitszeiten und eine flexible Arbeitsorganisation, unter anderem auch mit der Möglichkeit von Homeoffice und Teilzeitarbeit in verantwortlichen Positionen. Gerade die Zwänge der Corona-Pandemie haben Lösungsmodelle entstehen lassen, die vorher weder gedacht noch realisiert wurden. Ihre erfolgreiche Umsetzung spiegelt ein Verantwortungsbewusstsein auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite wider und wird Erwartungshaltungen an eine Vereinbarkeit von Beruf, Familie, bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt in Zukunft nachhaltig prägen.

Eine lebensverlaufsorientierte Personalpolitik in Industrie, Handwerk und Dienstleistung bzw. bei öffentlichen Arbeitgebern sollte nicht nur die unmittelbar familiären Situationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufnehmen. Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken die Kompetenzen und Entwicklungspotenziale für Unternehmen. Gerade in ländlichen Räumen ist die gewachsene Kultur der Gegenseitigkeit und des Miteinanders wichtig. Schließlich sind Akteure in Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement wesentliche

Gestalter von Lebensqualität am Standort, die mit beruflicher Freistellung bzw. flexiblen Modellen der Arbeitszeitgestaltung nachhaltig verbessert werden kann.

Um die vorgenannten Blickwinkel von Vereinbarkeit zur gelebten Unternehmenspolitik werden zu lassen, können Impulse und Hilfestellungen von außen sehr hilfreich sein. Kommunen und Kammern sind als Multiplikatoren gefragt, zu sensibilisieren, Modelle zu entwickeln und bei der Umsetzung in die betriebliche Praxis zu begleiten. Erfolgsbeispiele wie Familienfreundlichkeits-Zertifikate zeigen, wie solche Ansätze in der Praxis greifen und zu nachhaltigen Entwicklungen der Personalstrategie wie auch zur Profilierung im Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte beitragen.

- ➔ **Der SRLE empfiehlt Bund, Ländern und Kommunen wie auch Wissenschaft, Wirtschaftsförderungen und Kammern, gezielt Unternehmen und Verbänden Hilfestellungen zu geben durch Informationen, Leitfäden und Konzepte zum Thema Arbeitgeber-Attraktivität und seine Bedeutung für die Fachkräfteperspektiven von Unternehmen – speziell in ländlichen Räumen. Dabei müssen alle relevanten Facetten des Themas Vereinbarkeit ihre Berücksichtigung finden – von A wie Arbeitsplatzkonzepten in Betrieben bis Z wie Zukunftssicherung von Ehrenamts- und Engagementstrukturen.**
- ➔ **Im Rahmen der Förderung der ländlichen Räume sollten nach Überzeugung des SRLE Wettbewerbe aufgelegt und Best-Practice-Beispiele identifiziert werden, um eine inhaltliche Weiterentwicklung von Vereinbarkeitsstrategien wie auch eine öffentliche Wahrnehmung zu erreichen. Die Übernahme bester Beispiele und Konzepte in Kampagnen-Formate sollte in enger Zusammenarbeit mit den Strukturen der Wirtschaftsförderung (Kommunen, Kammern) erfolgen. Dabei sind Unternehmen wie auch andere Gestalter der Rahmenbedingungen ländlicher Räume einzubeziehen.**
- ➔ **„Unser Dorf soll familienfreundlicher werden“: Der SRLE regt an, die Zielsetzung „Perspektiven für Vereinbarkeit gestalten“ als einen wichtigen Aspekt der Vereinbarkeit von Lebensentwürfen in den Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft!“ zu integrieren. Dabei können ehrenamtlich getragene Modelle der Betreuung – von Kindern bis zu Senioren – oder andere Vereinbarkeits-Ansätze gewürdigt werden. Das lokale Vereinbarkeitsengagement von Unternehmen sollte in die Betrachtung eingebunden werden.**

5 Digitalisierung fördern, Partizipation stärken!

In nahezu allen Lebensbereichen schreitet die Digitalisierung immer weiter fort und beeinflusst so den Alltag in Familie, Beruf, bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt. Für ländliche Räume ist dies besonders relevant, da Digitalisierung die Bedeutung räumlicher Entfernungen verringern kann. Schnelle Breitbandversorgung und leistungsfähige Mobilfunknetze sind jedoch nach wie vor nicht flächendeckend vorhanden. Digitalisierung bedeutet allerdings weit mehr als nur die Bereitstellung der technischen Infrastruktur. Notwendig ist es zudem, dass die Menschen, Unternehmen und Verwaltungen befähigt sind, die Chancen, Risiken und Möglichkeiten, die aus der Digitalisierung erwachsen, zu erkennen und umzusetzen.

Digitalisierung kann Möglichkeiten für eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf, bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt bieten. Mit Blick auf die Berufstätigkeit können Homeoffice-Regelungen und Regelungen zum mobilen Arbeiten die Vereinbarkeit erleichtern. Zudem können sie Potential für Existenzgründungen durch Frauen in digitalisierten Branchen schaffen (Fahning et al. 2018). Auch in anderen Lebensbereichen kann Digitalisierung die Alltagsgestaltung von Menschen vereinfachen, wenn z. B. zeitintensive Anfahrten aufgrund von Telemedizin oder Online-Shopping eingespart werden können. Hinsichtlich des bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts ist Digitalisierung z. B. Voraussetzung dafür, Gremiensitzungen online durchzuführen oder als Verein neue technische Möglichkeiten zu nutzen, um neue Zielgruppen zu erreichen. Stets sollte jedoch im Auge behalten werden, dass die Digitalisierung soziale Fürsorge und Miteinander nicht ersetzt, dass vielfach Arbeitszeitverdichtung und die Zementierung traditioneller Geschlechterarrangements droht.

Auch Vereine und die darin organisierten Akteure haben sich mit Beginn der pandemiebedingten Einschränkungen sehr flexibel gezeigt, schnell reagiert und z. B. Videokonferenzen für die Kommunikation genutzt. Dies war allerdings nur möglich, weil sie bereit waren, Sicherheitsrisiken zu akzeptieren, die viele Verwaltungen mit eigenen professionellen IT-Abteilungen bis heute nicht zulassen. Auch im Bereich des Urheberrechtes und bei der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung lassen die geltenden Regelungen Vereine zur Zielscheibe von Verfahren werden. Für juristische Laien ist es unmöglich, die Tragweite der Zustimmung zu zumeist umfangreichen rechtlichen Hinweisen der Anbieter von Software und digitalen Dienstleistungen einzuschätzen. Damit werden digitale Anwendungen zu einem zusätzlichen juristischen Risiko für Menschen, die zumeist in ihren Berufen bereits Verantwortung tragen und bereit sind, in Vereinen Ämter zu übernehmen.

➔ **Der SRLE hat in seinen vergangenen Stellungnahmen mehrfach und pointiert die Bedeutung der Digitalisierung für die ländlichen Räume hervorgehoben. Er unterstreicht seine Forderung nach einem beschleunigten flächendeckenden und qualitativ den modernen Herausforderungen entsprechenden Ausbau der digitalen Infrastruktur, so dass überall der Zugang zu schnellem Netz für Wirtschaft, Verbände und**

Organisationen, Ehrenamtliche und bürgerschaftlich Engagierte sowie Privathaushalte sichergestellt ist.

- Der SRLE ist der Auffassung, dass Digitalisierung als gestaltendes Instrument die Vereinbarkeit von Familie, Beruf, bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt nachhaltig beeinflussen kann, und regt an, weiterhin mit Beratungs- und Bildungsangeboten z. B. der neu gegründeten Deutschen Stiftung für Ehrenamt und Engagement bürgerschaftlich Engagierte und Ehrenamtliche sowie die vielen Vereine in ländlichen Räumen im Digitalisierungsprozess zu unterstützen.**
- Voraussetzung für eine stärkere Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung durch ehrenamtlich getragene Organisationen ist ein Paradigmenwechsel bei der Sicherheitsarchitektur der Dateninfrastruktur: Bei komplexen gesetzlichen Regelungen sollten unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit Möglichkeiten zur Einführung von Ausnahmetatbeständen für kleine, ehrenamtliche Organisationen erwogen werden.**

6 Vielfalt von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt anerkennen und unterstützen!

Für viele Menschen in Deutschland gehört die Mitwirkung am Gemeinwesen, sei es als Mitglied in einem Verein oder durch die Übernahme eines Ehrenamts, ganz selbstverständlich zum Leben dazu. In ländlichen Räumen sind Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement tief verwurzelt, sei es in Kirchengemeinden, im Sport, bei den Landfrauen oder der Landjugend, in Kultur- und Heimatvereinen oder bei der Freiwilligen Feuerwehr. Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt bieten Freizeit- und Mitwirkungsmöglichkeiten, schaffen Lebensqualität, Identität und Zusammenhalt und können Lernort für Demokratie sein.

Veränderte Lebensmodelle, demographischer Wandel und stärkere Projektorientierung vieler Engagierter setzen das klassische bürgerschaftliche Engagement und Ehrenamt unter Druck. Neben den weiterhin stark nachgefragten „klassischen“ Vereinen treten zunehmend weniger organisierte projektbezogene Engagementformen auf. So wollen sich viele Menschen heute anders engagieren: biographisch passgenau, projektorientiert und themenspezifisch. Während die Zahl der Vereine in Städten steigt, sind es tendenziell eher die traditionellen Vereine in ländlichen Räumen, vor allem in sehr kleinen Gemeinden, die von Mitgliederrückgängen betroffen sind (Simonson et al., 2021: 158ff.; Priemer et al., 2019: 20).

Menschen möchten sich auch in Zukunft engagieren, an Sozialen Orten treffen, für das Gemeinwohl eintreten und lokale Problemlagen angehen. Dafür brauchen sie (1.) flächendeckende öffentliche Infrastrukturen, an denen sich Engagement entfalten kann, (2.) Entscheidungs- und Handlungsspielräume, (3.) Unterstützung, Anerkennung und partizipative Strukturen. Die Landes- und Bundespolitik ist aufgerufen, (4.) bürokratische Hürden für Engagierte abzubauen, Förderung so zu gestalten, dass nachhaltige Prozesse nicht nur kurzfristige Projekte fördern sowie flexible Lösungen für vielfältige Anforderungen und Ideen in ländlichen Räumen (auch mit kleinem Geld) zu unterstützen. Des Weiteren braucht es (5.) ein Umdenken: Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind keine beliebig verwendbare Ressource, die den Rückbau öffentlicher Infrastruktur kompensiert. Sie sind freiwillig und selbstbestimmt und unterliegen entsprechend dem eigenen Gestaltungssinn der Engagierten, der respektiert werden muss.

- ➔ **Der SRLE fordert Bund, Länder und die europäische Ebene auf, die bürokratischen Hürden für eine ehrenamtliche und bürgerschaftliche Betätigung, die in vielen Rechtsgebieten nach wie vor bestehen, abzubauen. Zu denken ist hier an vereinfachte Förderanträge, die auch von Ehrenamtlichen zu bewältigen sind, kleine Lokaletats für Engagement, die ohne großen Aufwand bewilligt werden können oder ein Abbau der Reglungsdichte für gemeinsam genutzten öffentlichen Raum. Zugleich sollte die zukünftige Ehrenamts- und Engagementförderung sich stärker an einer Prozessförderung als an der bisherigen Projektförderung, bei der immer wieder neue zeitlich und finanziell begrenzte Projekte aufgesetzt werden, orientieren.**

- ➔ Der SRLE bewertet mit Blick auf die Unterstützung der ehrenamtlich und bürgerschaftlich Tätigen das 2020 gestartete dreijährige Verbundmodellprojekt „Hauptamt stärkt Ehrenamt“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft positiv. Auf Basis der Erfahrungen aus dem Projekt sollte dabei für eine Verstetigung und einen flächendeckenden Ausbau hauptamtlicher Anlaufstellen in den Landkreisen und ihren Gemeinden für Beratung und Unterstützung des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements gesorgt werden. Angesichts der pandemiebedingten Einschränkungen in der Umsetzung regt der SRLE eine Verlängerung der Projektlaufzeit an.
- ➔ Der SRLE begrüßt, dass die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) einen Beitrag zur Stärkung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements in den ländlichen Räumen leisten soll. Dazu ist allerdings eine entsprechende und kontinuierliche Einbindung der Akteurinnen und Akteure aus ländlichen Räumen in die Stiftungsarbeit erforderlich. Die Arbeit und die Angebote der DSEE müssen die Aktivitäten vor Ort befördern und ergänzen und sollten den Akteurinnen und Akteuren vor Ort einen „Instrumentenkasten“ anbieten, der ihnen ihre Arbeit erleichtert. Insbesondere sollte die DSEE die Möglichkeit zur Weiter- und Fortbildung anbieten. Die Aktivitäten von Ländern und Kommunen vor Ort sollten unterstützt und dürfen nicht ersetzt werden.

7 Starke Kommunen ermöglichen Mitwirkung und Teilhabechancen!

Die Kommunalpolitik braucht bessere Möglichkeiten, um zu einem Mehr an Miteinander im ländlichen Raum aktiv beizutragen. Grundvoraussetzung hierfür ist eine aufgabengerechte kommunale Finanzausstattung, die vor Ort sicherstellt, dass neben der Erfüllung von Pflichtaufgaben auch solche übernommen werden können, die zivilgesellschaftliches Engagement und Ehrenamt zur Entwicklung ländlicher Räume grundlegend unterstützt.

Mitbestimmung und bürgerschaftliches Engagement sind zudem dann erfolgreich, wenn Politik und Zivilgesellschaft die Möglichkeit haben, gemeinsam Veränderungen zu gestalten. Dies ist an bestimmte Bedingungen geknüpft. Zielführend ist es, Räume und Orte der Begegnung zur Verfügung zu stellen, den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu pflegen und Offenheit sowie Umsetzungswillen für deren Ideen zu zeigen (Deutscher LandFrauenverband, 2018) (Neu, 2020). Dazu muss der kommunalverfassungsrechtliche Rahmen der Länder stets bürgernahe Partizipationsmöglichkeiten gewährleisten, die so ausgestaltet sind, dass sie allen Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit geben, sich an der politischen Entscheidungsfindung zu beteiligen. Demokratische Mitbestimmungs- und Gestaltungsprozesse sollten so ausgestaltet sein, dass sie spürbare und erlebbare Veränderungen vor Ort ermöglichen und so zu einer Mitwirkung in den politischen Gremien, Vereinen etc. motivieren.

Dies gilt in besonderem Maße für das gestaltende Engagement, das auf der untersten Ebene heute bereits vielfach für zukunftsfähige Dorfentwicklungen geleistet wird. Der Wirkungsraum bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamts im ländlichen Raum ist zum weit überwiegenden Teil die Ortschaft bzw. das Dorf, denn die Motivation, die Doppelbelastung eines Engagements neben Beruf und Familie einzugehen, ist in der Regel eng mit dem Ziel der Mitgestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes (z. B. Sportverein, Schule, Dorfladen) verknüpft. Voraussetzung hierfür ist, dass das eigene Handeln eine Wirkung entfalten kann. Findet dieses Handeln zudem noch Anerkennung von anderen, so ist dies zusätzlich motivierend. Den Ortsräten fehlen aber oft die notwendigen Handlungsspielräume und die finanziellen Mittel, um Akteure bei der Umsetzung ihrer Ideen unterstützen zu können. In einzelnen Projekten kann die Lücke über Fördermittel (z. B. LEADER, GAK, BULE) gedeckt werden. Beantragung und Abwicklung sind aber in der Regel zusätzlich mit einem sehr hohen Aufwand und einer großen Verantwortung für die Akteure verbunden.

Die aktive Einbindung junger Menschen in Strukturen, Diskussionen und Projekte der Regionalentwicklung ist ein Schlüssel dafür, dass diese ihre Lebensperspektive in ländlichen Räumen sehen. Eine gelebte Anerkennung auf Augenhöhe sollte für alle etablierten Akteurinnen und Akteure aus Politik, Verwaltung, bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt zur Selbstverständlichkeit werden.

- Die Kommunalpolitik braucht bessere Möglichkeiten, um zu einem Mehr an Miteinander im ländlichen Raum aktiv beizutragen. Der SRLE streicht heraus, dass hierfür eine aufgabengerechte kommunale Finanzausstattung, die vor Ort sicherstellt, dass neben der Erfüllung von Pflichtaufgaben auch solche übernommen werden können, die bürgerschaftliches Engagement zur Entwicklung ländlicher Räume grundlegend unterstützt, unverzichtbare Grundvoraussetzung ist. Auch einzelne Ortschaften bzw. Dörfer müssen einen Finanzrahmen zur Verfügung haben, der ihnen Gestaltungsspielraum über traditionelle Aufgaben hinaus insbesondere zur Unterstützung kreativer Ideen engagierter Akteure bietet. Zugänge zu Fördermitteln der ländlichen Entwicklung müssen auch für einzelne Ortsteile erleichtert und auch durch die Begrenzung oder den Wegfall von kommunalen Eigenanteilen auf die Situation ehrenamtlicher Strukturen zugeschnitten werden.
- Der SRLE betont die Bedeutung der Orts- bzw. Dorfebene. Diese muss deutlich gestärkt werden, damit die Interessen der Menschen aus ihrem unmittelbaren Lebensumfeld besser in politische Diskussionen und Meinungsbildungsprozesse eingebracht werden können. Nach dem Vorbild der Dorfbewegung in anderen EU-Ländern ist in Brandenburg mit der Dorfbewegung – Netzwerk lebendige Dörfer e.V. eine Bewegung entstanden, die heute bereits sehr erfolgreich bürgerschaftliches Engagement unterstützt und die Interessen der Akteure bis zur Landesebene einbringt. Dies kann auch anderen Regionen als Vorbild dienen.
- Zugleich sollte das Interesse an demokratischen Strukturen und Regionalentwicklung bei Kindern und Jugendlichen gestärkt werden. Die Wirksamkeit eines solchen Ansatzes zeigen die Erfolge der vom BMEL als Modellvorhaben geförderten Jugendkonferenz „UTOPIA Südwestfalen“, bei der junge Menschen im Alter von 16 bis 26 in einen dauerhaften Dialog über Denkwerkstätten, Zukunftskonferenzen, Vernetzung und Diskussionen mit (Kommunal)Politikern in die Regionalentwicklung eingebunden werden.

8 Pflegende Angehörige stärken!

Der Großteil der pflegebedürftigen Menschen wird von einem engen Familienmitglied, Ehepartnerin und Ehepartner, Lebenspartnerin und Lebenspartner oder Kindern, betreut und gepflegt (Statistisches Bundesamt, 2019). Dabei wird die Hauptlast der Pflege noch immer von Frauen getragen. Die pflegerischen Aufgaben sind fordernd und anspruchsvoll, kommt noch Berufstätigkeit hinzu, auch oft überfordernd. Des Weiteren belegen verschiedene Untersuchungen, dass sich Frauen durch die Pflege eines Angehörigen oft stärker belastet fühlen als männliche Pflegepersonen (Schulz & Martire, 2004; Niens, 2019).

Eine besondere Herausforderung wird in den kommenden Jahren die stark anwachsende Zahl der Pflegebedürftigen und der Menschen mit stark eingeschränkten Alltagskompetenzen sowie mit demenziellen Erkrankungen sein. Dies gilt vor allem angesichts der Tatsache, dass der Vorrang der ambulanten Pflege im elften Sozialgesetzbuch auch gesetzlich normiert ist und die stationäre Pflege nur eine Ausnahme darstellen sollte. Politik für eine alternde Gesellschaft muss daher den Bedarfen älterer und jüngerer Menschen gleichermaßen Rechnung tragen und die Pflegenden, die Erziehenden und auch die Pflegebedürftigen unterstützen. Hierzu werden vernetzte, ganzheitliche und bedarfsorientierte Unterstützungs- und Betreuungsangebote benötigt, die verlässliche Unterstützung für Pflegenden bieten und so die Sicherstellung häuslicher Pflegearrangements fördern. Insbesondere in ländlichen Räumen geht es um die Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens bis ins höchste Alter. Dazu gehört auch, dass die Seniorinnen und Senioren nicht von Nahversorgung, Gesundheitsdienstleistungen oder Mobilität abgeschnitten werden.

Zugleich wird es immer wichtiger, die Vereinbarkeit von Pflege, Beruf, bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt im Blick zu behalten. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass Betreuungs- und Entlastungsleistungen zur Unterstützung von Pflegepersonen vorrangig von Ehrenamtlichen erbracht werden sollten (§ 45a Abs. 1 S. 1 SGB X).³ Die Gewinnung von zusätzlichen Ehrenamtlichen stellt somit eine bedeutende Komponente für die Stärkung der informellen ambulanten Pflege dar. Zu beachten ist zudem, dass Betreuungs- und Entlastungsangebote den individuellen Bedarfen der Pflegepersonen und Pflegebedürftigen gerecht werden müssen. Dies gilt sowohl für die Einzel- und Gruppenangebote für Pflegepersonen und Pflegebedürftige wie auch für hauswirtschaftliche Leistungen.

³ Hierzu müssen jedoch ausreichend Ehrenamtliche langfristig zur Verfügung stehen. Ist dies nicht der Fall, kann der Entlastungsbetrag (§ 45b SGB XI) seine positive Wirkung nicht vollständig entfalten. Zwar kann für die Erbringung von Betreuungs- und Entlastungsleistungen grundsätzlich auch auf professionelle Leistungserbringer zurückgegriffen werden. Hiermit geht jedoch das Problem einher, dass aus dem Entlastungsbetrag von derzeit 125,00 Euro monatlich nur wenige Stunden an Betreuung- und Entlastung finanziert werden können. Das Potential des Entlastungsbetrags wird somit nicht ausgeschöpft und die entlastende Wirkung für die pflegenden Angehörigen ist gering (Niens, 2019).

- ➔ Der SRLE betont die entscheidende Bedeutung wohnortnaher Daseinsvorsorge in der Fläche, um auch im Alter ein selbstbestimmtes Leben im ländlichen Raum führen und pflegende Angehörige entlasten zu können. Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement sind wichtige Stützen bei lokalen Pflegearrangements, die es zu stärken gilt. Sie können aber nur ein Teil einer koordinierten Pflegestrategie sein. Es werden vernetzte, ganzheitliche und bedarfsorientierte Unterstützungs- und Betreuungsangebote benötigt, die verlässliche Unterstützung für Pflegende bieten und so die Sicherstellung häuslicher Pflegearrangements fördern.
- ➔ Der SRLE fordert, Pflegepersonen mehr Unterstützung bei der Erledigung der häufig als sehr belastend beschrieben bürokratischen Angelegenheiten im Zusammenhang mit den Pflegekassen zur Verfügung zu stellen. Das Angebot und die Finanzierung zusätzlicher Hilfen in diesem Bereich könnte über die Pflegekasse im Rahmen der Angebote zur Entlastung Pflegenden und über den Entlastungsbetrag nach §45 b SGB XI erfolgen. Zusätzlich bedarf es (nicht ausschließlich virtueller) Informationen für die Pflegenden, dass diese Unterstützungsangebote existieren.
- ➔ Schließlich gilt es, die Pflegedienste und die Angebote zur Tages- und Kurzzeitpflege in ländlichen Regionen zu fördern und dafür zu sorgen, dass trotz der steigenden Anzahl an Pflegebedürftigen ausreichend Kapazitäten und Personal zur Verfügung stehen. Ein wichtiger Aspekt bleibt bei diesem Thema die Steigerung der Attraktivität von Pflegeberufen und eine bessere Entlohnung, um entsprechendes Personal – auch in ländlichen Räumen – zu gewinnen. Dies stellt eine wichtige Voraussetzung dar, um den Vorrang ambulanter bzw. teilstationärer Pflege vor einer vollstationären Unterbringung dauerhaft realisieren zu können und die informell Pflegenden zu entlasten.

Literaturverzeichnis

Bauer, T./Rulff, C./Tamminga, M. (2019). Berlin Calling – Internal Migration in Germany. Ruhr Economic Papers #823, DOI: 10.4419/86788956.

Becker H./Moser A. (2013). Jugend in ländlichen Räumen zwischen Bleiben und Abwandern - Lebenssituation und Zukunftspläne von Jugendlichen in sechs Regionen in Deutschland. Braunschweig, Thünen Report 12.

BMFSFJ. (2017). Partnerschaftliche Arbeitszeiten aus Kinder- und Elternsicht. Von <https://www.bmfsfj.de/blob/118164/44b377cc14197d0e3adc7cec8bc94641/partnerschaftliche-arbeitszeiten---monitor-37-data.pdf> abgerufen

BMFSFJ. (2020). Kinder, Haushalt, Pflege - wer kümmert sich? Ein Dossier zur gesellschaftlichen Dimension einer privaten Frage. Von <https://www.bmfsfj.de/blob/160276/b36250ea4b12a2a05550ac850e845a1e/kinder-haushalt-pflege-wer-kuemmert-sich-dossier-sorgearbeit-deutsch-data.pdf> abgerufen

Busch, C. (2013). Familieninterne Arbeitsteilung und Erwerbsentscheidungen in ländlichen Räumen: Eine qualitative Studie des Deutschen LandFrauenverbands. Berlin: proLR – Projektbüro Ländliche Räume.

Deutscher LandFrauenverband (2018). Von https://www.landfrauen.info/fileadmin/Redaktion/PDF/Publikationen/Positionspapiere/2018_12_dlv_Positionspapier_Lebendige_Doerfer.pdf abgerufen

Deutscher LandFrauenverband. (2020). Studie zur Situation von gründungsinteressierten Frauen und Existenzgründerinnen im ländlichen Raum. Berlin.

Fahning, I./Fock, T./Jasper, G./Putzing, M./Underwood, L./Witzel, S. (2018): Die Erwerbssituation von Frauen in ländlichen Regionen unter dem Einfluss der Digitalisierung der Arbeitswelt - FEMDIGIRURAL. Endbericht. Göttingen/Neubrandenburg. Berlin.

Feuerbach, F./Kosinski, J./Schmidt, A. (2019). Was macht den ländlichen Raum für junge Fachkräfte attraktiv?“ Literaturanalyse für das Programm Perspektive Land. Berlin: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS).

Fürst, D. (2016). Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und Dritter Sektor – Einführung. In: Neues Archiv für Niedersachsen 1, S. 6–21.

Haan, E. de/Meier, S./Haartsen, T./Strijker, D. (2018). Defining ‘Success’ of Local Citizens’ Initiatives in Maintaining Public Services in Rural Areas: A Professional's Perspective. In: Sociologia Ruralis 58 (2), S. 312–330. DOI: 10.1111/soru.12173.

Kassner, K. (2014). Väter heute: Leitbilder, Lebensrealitäten und Wünsche. Von <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/familienpolitik/185323/vaeter-heute?p=all> abgerufen

Kleiner T.-M./Klärner A. (2019). Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen: politische Hoffnungen, empirische Befunde und Forschungsbedarf. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, Thünen Working Paper 129

Küpper P./Bresing J./Bergholz, C./ Mettenberger T./Pollermann, K./Tuitjer, G. (2021). Ländliche Regionen entwickeln: Erkenntnisse der Begleitforschung zum Modellvorhaben Land(auf)Schwung für die Praxis. Braunschweig

Neu, C. et al. (2020). Das Soziale-Orte-Konzept. Göttingen.

Niens, C. (2019): „Aber ich bin jetzt eben so weit, dass ich mir sage, ich schaffe es so einfach nicht mehr“ – Empirische Befunde zur subjektiven Belastung pflegender Angehöriger. In: Pflegewissenschaft 11/12 – 2019, S. 411 - 428.

Pieper, J.L. (2021). Frauen im Spannungsfeld zwischen Klimakrise und Existenzangst. Narrative der Abwehr. In: Birgit Blättel-Mink (Hrsg.) 2021: Gesellschaft unter Spannung. Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020. DOI: 10.13140/RG.2.2.18918.348

Priemer, J./Bischoff, A./Hohendanner, C./Krebstakies, R./Rump, B./Schmitt, W. (2019). Organisierte Zivilgesellschaft. In: Holger Krimmer (Hrsg.). (2021). Datenreport Zivilgesellschaft, Bürgergesellschaft und Demokratie, S. 7-54.

Schulz, R./Martire, L. M. (2004). Family Caregivers of Persons with Dementia. In: American Journal of Geriatric Psychiatry 12 (3), S. 240 - 249.

Simonson, J./Kelle, N./Kausmann, C./Tesch-Römer, C. (Hrsg.) (2021). Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Berlin.

Spangenberg, U. (2013). Reform der Besteuerung von Ehe- und Lebenspartnerschaft. Von <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/10336.pdf> abgerufen

Statistisches Bundesamt. (3. September 2019). Von Zahl der Woche Nr. 36: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2019/PD19_36_p002.html abgerufen

Weingarten, P./Steinführer, A. (2020). Daseinsvorsorge, gleichwertige Lebensverhältnisse und ländliche Räume im 21. Jahrhundert. Z Politikwiss 30:653-665.

Zartler, U. 2010. „Keine Zeit für die Familie: Zeitgestaltung aus Sicht von Kindern und ihren Eltern.“ SWS-Rundschau 50(4), S. 463–73.

Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung (SRLE)

beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Mitglieder:

Prof. Dr. Claudia Neu (Vorsitzende)

Dr. Hartmut Berndt (stellv. Vorsitzender)

Petra Bentkämper

Timm Fuchs

Birgit Grauvogel

Christina Kretzschmar

Charlotte Ruschulte

Dr. Hildegard Sander

Sarah Schulte-Döinghaus

Prof. Dr. Peter Weingarten

Hubertus Winterberg

Gast:

Matthias Wohltmann

Geschäftsführung:

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Referat 816 – Strategie und Koordinierung der Abteilung 8,

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen

Postanschrift: 11055 Berlin

Telefon: 030 / 18 529 - 3265

E-Mail: srle@bmel.bund.de

Internet: www.bmel.de/srle